

Michael Keller
Kublystrasse 3
9016 St. Gallen

An den Stadtrat
Rathaus
9001 St. Gallen

SP/SR EINGANG	
25. Nov. 2010	
Zuweisung	SK
Kopie	Vis. 2-11

St. Gallen, 24. November 2010

Einfache Anfrage

Das UVEK und der Kampf gegen Bürger und Gewerbe

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträtinnen und Stadträte,

wie aus einer bereits am 26.11.2010 auslaufenden Vernehmlassungseinladung des UVEK hervorgeht, plant der Bund die Einführung von sog. Umweltzonen welche nur noch von "emissionsarmen" und entsprechend gekennzeichneten Fahrzeugen sowie von Blaulicht-, Militär-, diplomatischen Fahrzeuge und natürlich dem öV befahren werden dürften:

„Weitere Ausnahmen vom Umweltzonenverbot werden bundesrechtlich nicht vorgesehen. So fallen auch Gewerbetreibende innerhalb der Zone und Anwohner unter die Regelung. Hingegen können weitere Ausnahmen, wenn sie sich als erforderlich und angemessen erweisen, vom Gemeinwesen, welches die Umweltzone anordnet, vorgesehen und auf einer Zusatztafel signalisiert werden.“

Im Bericht des UVEK heisst es weiter: „Aus Sicht des Umweltschutzes stellen die Umweltzonen eine geeignete Massnahme dar, um die Luftqualität lokal erheblich zu verbessern.“ Den Beweis bleibt man schuldig. Erfahrungen und Studien aus Deutschland zeigen hingegen, dass Umweltzonen keine messbare Verbesserung der Luft bringen. Die vom UVEK angestrebte Schaffung von rechtlichen Grundlagen - gerade auf Verordnungsstufe - führt zu amtlicher Willkür und zu Massnahmen für die Umsetzung ideologischer Ideen ohne dass man den Beweis ihrer Wirksamkeit antreten müsste.

Ich bin mir selbstverständlich bewusst, dass es in der Stadt St. Gallen weder zu willkürlichen Massnahmen noch zu einer Umsetzung ideologischer Ideen ohne Nachweis ihrer Wirksamkeit kommen kann. Gerade deshalb interessiert die Haltung des St. Galler Stadtrats zu diesen sog. "Umweltzonen".

1. Hat der Stadtrat direkt oder indirekt auf die Vernehmlassung geantwortet resp. auf eine solche eingewirkt und falls ja: Wie?
2. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass "Umwelt" auch ausserhalb solcher Zonen stattfindet?
3. Wie beurteilt der Stadtrat die Wirksamkeit solcher Zonen? Wie die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Innenstadt und generell das Gewerbe, das ebenfalls ausgesperrt würde?
4. Würden solche Zonen auch in St. Gallen umgesetzt und allenfalls wie?
5. Mit welchem Aufwand wäre für die Stadt zu rechnen? Lässt sich der Mehraufwand vom Ordnungs- und Sicherheitsdienst auch noch bewältigen oder ist mit einer personellen Aufstockung zu rechnen?
6. Erkennt der Stadtrat die Gefahr von Eingriffen in die verfassungsmässigen Rechte des Bürgers und wie beurteilt er das Instrument "Verordnung" in diesem Zusammenhang?
7. Welche Auswirkungen sieht der Stadtrat für das Wirtschafts- und soziale Zusammenleben in- und ausserhalb der geplanten Zonen?

Ich danke für eine möglichst zeitnahe Beantwortung.

Mit freundlichen Grüssen

